

## **Einrichtung einer wirkungsvollen und sozial ausgeglichenen Umweltzone in Bremen**

Bremische Bürgerschaft (Stadtbürgerschaft) – 17. Wahlperiode – 15. Sitzung am 09.09.08

[...]

**Abg. Jens Dennhardt (SPD):**

Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren!

Heute liegen auf der einen Seite der Antrag der Fraktion DIE LINKE und auf der anderen die Mitteilung des Senats zur Einrichtung der Umweltzone vor. Herr Rupp, Sie haben es selbst angesprochen, Ihr Antrag wurde von den Ereignissen schon etwas überholt. Sie hätten ihn auch zurückziehen können.

Die Einrichtung einer Umweltzone ist ein Eingriff, den wir uns nicht leicht gemacht haben, denn sie hat direkte Auswirkung auf das Leben vieler Menschen in dieser Stadt. Die Gefahr durch Luftverschmutzung ist nicht so leicht fassbar wie zum Beispiel die Gefahr durch Verkehrsunfälle. Deshalb fällt es vielen leichter, diese Gesundheitsgefahr zu verdrängen. Wenn es uns hingegen verboten wird, mit unserem Auto in die Umweltzone zu fahren, trifft uns das unmittelbar. So erscheinen manchen die Opfer für die Umweltzone größer als die der Luftverschmutzung. Doch der Schein trügt. Für eine wirksame Verbesserung des Schutzes der in der Umweltzone lebenden und arbeitenden Menschen vor den Gesundheitsgefährdungen durch Feinstaub und Stickstoffdioxid brauchen wir die Umweltzone. Nichtstun oder Scheinlösungen wie die von der CDU geforderte Kleinstzone an einem einzigen Belastungsschwerpunkt können wir uns auch deshalb nicht leisten, weil die von der verschmutzten Atemluft Betroffenen dagegen mit großer Erfolgsaussicht klagen können. Hier müssen die Gesundheitsinteressen der Betroffenen mit denen der Halter hinsichtlich ihres Schadstoffausstoßes veralteter Personen- oder Lastwagen abgewogen werden.

Die Ergebnisse des Beteiligungsverfahrens sind in das jetzt vorliegende Ergebnis der Koalition aufgenommen worden. Uns als SPD ist es dabei wichtig, dass in dem jetzt vom Senat gemeinsam vorgelegten Ergebnis den Menschen und Unternehmen in Bremen mehr Zeit gegeben wird, um sich auf die Umweltzone einzustellen. Deshalb ist es gut, dass wir erst 2009 mit der Mindestanforderung rote Plakette starten, dass wir 2010 eine Zwischenstufe mit gelber Plakette eingeführt haben und dass die grüne Plakette erst ab Mitte 2011 verlangt wird. Aus sozialen und wirtschaftlichen Gründen ist es uns als SPD besonders wichtig, dass wir die Gebühren für Ausnahmegenehmigungen gegenüber dem ersten Verwaltungsvorschlag gesenkt und zusätzlich eine soziale Ermäßigung eingeführt haben. Aus den gleichen Gründen ist es uns als SPD zudem wichtig, dass die Härtefallregelung auch auf die Fälle ausgedehnt worden ist, in denen eine Filternachrüstung zwar technisch möglich, aber finanziell nicht zumutbar ist. Das Einkaufen in der Innenstadt mit dem Auto wird nach 2009 auch für diejenigen weiterhin bequem möglich sein, die so selten kommen, dass sich für sie keine Änderung bei ihrem Fahrzeug lohnt, denn neben der Bürgerweide, dem Parkhaus bei der neuen VHS-Zentrale und dem Parkhaus am Theater bleibt auch das Parkhaus an der Langenstraße bis Mitte 2011 ohne Plakette zugänglich. Auch mit der Flottenregelung helfen wir der Wirtschaft in Bremen, sich auf die Umweltzone einzustellen. Leider wird die Umweltzone nicht so unbürokratisch, wie wir als SPD-Fraktion uns das gewünscht hätten. Hier sind zum Beispiel noch Vereinfachungen durch die gegenseitige Anerkennung gleichartiger Ausnahmegenehmigungen mit anderen Städten mit Umweltzonen denkbar. Viele Menschen in Bremen fürchten zu Unrecht, dass sie die Umweltzone nicht bewältigen können, weil die bürokratischen Regelungen, die ihnen zugutekommen, sich nicht

so leicht erschließen. Hier wird der Senat den Start der Umweltzone mit einer guten Informationskampagne begleiten müssen, damit alle genau wissen, was jetzt auf sie zukommt, und unnötige Ängste abgebaut werden können. Hierbei muss auch über die finanziellen Hilfen für Private und Unternehmen für Umrüstungen und Ersatzbeschaffungen sowie über die Angebote des VBN und andere Alternativen zum Auto informiert werden. Die sogenannte LINKE legt hier einen Antrag vor, der im Wesentlichen eine größere Umweltzone mit geringeren Gebühren sowie einen Ausbau des öffentlichen Personenverkehrs in Verbindung mit der Einführung eines Sozialtickets fordert. Was soll dieser Antrag jetzt? Das Straßenbahnnetz wird bereits ausgebaut. Ein Sozialticket wird von der Koalition zurzeit solide erarbeitet. Das, was an Gutem in dem Antrag der Fraktion DIE LINKE steckt, machen wir bereits. Manches aus dem Antrag erschwert jedoch den Interessenausgleich. Wir lehnen den Antrag deshalb ab. - Vielen Dank!

(Beifall bei SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

[...]